

Roland Freudenstein **Die neue
Minderheitsregierung
in Polen**

Nach dem Austritt der Freiheitsunion aus der Koalitionsregierung mit der Wahlaktion Solidarność am 6. Juni (wegen anhaltender politischer Frustration) steht Premierminister Jerzy Buzek einer Minderheitsregierung vor. Sie hat gute Chancen, bis zum Frühjahr 2001 zu überleben, wird aber gesetzgeberisch nicht mehr viel zustande bringen können. Entscheidend für die politische Gesamtlage und die Zukunft der Mitte-Rechts-Parteien wird die Präsidentenwahl am 8. Oktober 2000 sein: Zwar ist ein Sieg des postkommunistischen Amtsinhabers Aleksander Kwaśniewski wahrscheinlich, doch wird die wichtigste Frage lauten, ob der AWS-Vorsitzende und Gegenkandidat Marian Krzaklewski ehrenvoll verliert oder nicht.

Polen hat seit Juni 2000 eine Minderheitsregierung, die allerdings gute Chancen besitzt, bis zum Frühjahr 2001 durchzuhalten. Nach einer drei Wochen dauernden Krise ist die Koalition aus der konservativen und christlich-nationalen Wahlaktion Solidarność (AWS) und der liberal-zentristischen Freiheitsunion (UW) am 6. Juni 2000 endgültig zerfallen. Nach ersten Krisensignalen Mitte Mai und dem Rücktritt der fünf UW-Minister und ihrer drei Parlamentarischen Staatssekretäre am 29. Mai, auf den dann noch eine Woche lang Gespräche über eine Neuauflage der Koalition folgten, zog sich die UW am Morgen des 6. Juni unwiderruflich aus der Regierungsverantwortung zurück. Premier Jerzy Buzek führt nun eine Minderheitsregierung aus Politikern der AWS, die bis zum Ende der Legislaturperiode (also bis Herbst 2001) im Amt verbleiben will. Ob dies gelingt, ist nicht ganz sicher, aber die von vielen erwartete politische Instabilität ist auch nicht unmittelbar eingetreten. Die meisten Politiker Polens, innerhalb wie außerhalb der Regierung, rechnen nun mit einer Parlamentsauflösung Anfang 2001, falls der Haushalt nicht verabschiedet wird, und vorgezogenen Neuwahlen im April oder Mai 2001.

■ **Die Hintergründe des
Zerfalls der Koalition**

Selten muss bei der Analyse eines einschneidenden Ereignisses der polnischen Politik so sorgfältig unterschieden werden zwischen Ursache, Grund und Anlass wie beim Zerfall der Regierungskoalition aus AWS und UW. Konkreter Anlass war die Ernennung eines Kommissars zur Ablösung des Bürgermeisters

der Gemeinde Warschau-Zentrum durch den Premierminister am 17. Mai, unmittelbar nachdem er der UW versprochen hatte, in dieser Sache nichts zu unternehmen. Grund des Koalitionszusammenbruchs war der De facto-Verlust der absoluten Mehrheit der AWS-UW-Koalition seit der Krise um Privatisierungsminister Wasacz im Januar 2000. Als Ursache wiederum könnte man den bereits seit Jahrhunderten, nämlich etwa seit Ende der staatlichen Unabhängigkeit Polens nach der dritten Teilung 1795, bestehenden Gegensatz zwischen der „Intelligenz“ und dem Rest der Bevölkerung bezeichnen.

Ursache: Der alte Gegensatz zwischen UW und AWS

Nach den gewonnenen Wahlen am 21. September 1997 hatten die beiden Gruppierungen, gestützt durch ihre beachtlichen Wahlergebnisse (AWS: 33,1 Prozent, UW: 13,5 Prozent), sechs Wochen lang Koalitionsverhandlungen geführt, die mehrmals zu scheitern drohten. Das mag von außen gesehen erstaunen, können sich doch beide Organisationen gleichermaßen auf das Erbe des „polnischen August“ (1980), auf die Tradition der breiten antikommunistischen Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc, berufen. Gerade für deutsche Beobachter mag die Kombination aus christlich-konservativ und marktwirtschaftlich-liberal vielversprechend wirken. Aber wer die polnische Geschichte und die Ereignisse des Jahrzehnts nach der Wende an der Weichsel genauer kennt, dem ist klar, dass diese Koalition von Anfang an etwas Prekäres an sich hatte, das zu großen Spannungen führen musste.

Hier ist ein kleiner Rückblick auf die polnische Geschichte notwendig. Die Freiheitsunion ist in einem entscheidenden Teil ihrer Mitgliedschaft die Partei der polnischen „Intelligenz“, also der Schicht von Professoren, Lehrern, Rechtsanwälten und Ärzten, die in vielen slawischen Ländern des 19. und 20. Jahrhunderts die nationalen Bewegungen anführte und die sich im Fall Polens durch ihr festes Bekenntnis zu staatlicher Unabhängigkeit wie auch zur Modernisierung des Landes und durch besondere Schamgefühle über die Zurückgebliebenheit der Masse ihrer Landsleute auszeichnete. Zwar enthält die UW heute (vor allem nach der Verschmelzung mit dem Liberaldemokratischen Kongress 1994) auch andere

■ **Grund des Koalitionszusammenbruchs war der De facto-Verlust der absoluten Mehrheit der AWS-UW-Koalition seit der Krise um Privatisierungsminister Wasacz im Januar 2000. Als Ursache könnte man den bereits seit Jahrhunderten, bestehenden Gegensatz zwischen der „Intelligenz“ und dem Rest der Bevölkerung bezeichnen.**

■ Im Rückblick ist vielleicht eins der erstaunlichsten Phänomene der jüngeren polnischen Geschichte, dass der klassische Konflikt, der immerhin in einen Großteil der Nachkriegszeit hineinreichte, seit 1976 überwunden wurde, dass bei Gründung der Solidarnosc im August 1980 Arbeiter und Intelligenz zusammengingen und dass dieses Bündnis auch durch das Kriegsrecht hindurch bis zur Wende 1989 hielt.

gesellschaftliche Gruppen, wie die langsam auch in Polen anwachsende Mittelschicht aus Selbständigen und Kleinunternehmern, aber ihr Image bei der Mehrheit der polnischen Bevölkerung ist immer noch stark von der klassischen Intelligenz geprägt, die keine andere gesellschaftliche Gruppe als gleichberechtigten Partner anerkennt und sich im Besitz des einzig gültigen Konzepts zur Herausführung Polens aus der Rückständigkeit wähnt, und dementsprechend von den Industriearbeitern, kleinen Angestellten und Bauern (ein erheblicher Teil der Wählerschaft von AWS, SLD und PSL) als arrogant erlebt wird. Letzteres ist natürlich auch das Ergebnis von Minderwertigkeitskomplexen auf der anderen Seite. Im Rückblick ist vielleicht eins der erstaunlichsten Phänomene der jüngeren polnischen Geschichte, dass dieser klassische Konflikt, der immerhin in einen Großteil der Nachkriegszeit hineinreichte, seit 1976 überwunden wurde, dass bei Gründung der Solidarnosc im August 1980 Arbeiter und Intelligenz zusammengingen und dass dieses Bündnis auch durch das Kriegsrecht hindurch bis zur Wende 1989 hielt. 1990 allerdings, spätestens mit der gleichzeitigen Kandidatur des katholischen Intellektuellen, Solidarnosc-Beraters und damaligen Premierministers Tadeusz Mazowiecki und des Elektrikers und Solidarnosc-Vorsitzenden Lech Walesa für das Präsidentenamt, war der alte Konflikt wieder da. Seitdem haben sich die beiden Teile der „August-Koalition“, ihrer gemeinsamen Vergangenheit und einiger „Überläufer“ ins jeweils andere Lager ungeachtet, einander eher entfremdet, was besonders in der gescheiterten Koalition aus nahezu allen politischen Kräften mit Ausnahme der Postkommunisten unter Premierministerin Hanna Suchocka von 1992/93 deutlich wurde.

Trotz dieser Entfremdung war 1997, nach den für die neuformierte Rechte (AWS), aber auch für die UW außergewöhnlich erfolgreichen Wahlen, die gemeinsame Erfahrung der „August-Kräfte“ aus der Spätphase des Kommunismus noch einmal stärker: UW und AWS bildeten eine Koalition, zumal andere Koalitionen in diesem Sejm keine Mehrheit erbracht hätten oder politisch vollends unglaubwürdig gewesen wären. Dennoch nutzte sich der anfängliche Enthusiasmus schnell ab, denn die Koalition zeigte von Anfang an dieselben Symptome gegenseitiger

Komplexe, die auch früher schon das Verhältnis zwischen der modernitätsorientierten Intelligenz und den anderen Kräften wie Bauernschaft, Klerus und Gewerkschaften bestimmten. Hinzu kamen zentrifugale Erscheinungen bei der AWS: Ihr Erfolgsrezept in den Wahlen von 1997 war ein breites Bündnis aus all jenen national-klerikalen, konservativen und gewerkschaftlichen Kräften gewesen, die vorher wegen ihrer Zersplitterung keine Chance hatten und die nun als Listenverbindung und nach der Wahl als Fraktionsgemeinschaft auftraten. Zwischen ihnen existierten von Anfang an erhebliche Meinungsunterschiede über die zukünftige Entwicklung Polens, wobei die Hauptkonfliktlinie zwischen einer grundsätzlichen Abwehrhaltung gegenüber westeuropäischer Modernität, marktwirtschaftlicher Liberalität und ausländischem Kapital einerseits und einer vorsichtigen Akzeptanz dieser Phänomene andererseits verlief. Unter den Teilparteien der AWS hatte die erstere Haltung ihre Anhänger bei der Mehrheit der Politiker der Christlich-Nationalen Union (ZChN) und einem Großteil der RS-AWS-Politiker, die zweite Haltung war eher bei der Konservativen Volkspartei und, soweit man hier überhaupt von einer bestimmten Haltung sprechen kann, bei der Union der Christdemokraten (PPChD) verbreitet.

Grund: Der Verlust der Regierungsmehrheit im Sejm

Der jetzigen Koalitionskrise liegt der beschleunigte Verfall des Zusammenhalts in der AWS-Fraktion zu Grunde, der seit Januar 2000 (Krise um den Privatisierungsminister Wąsacz) zu einem praktischen Verlust der Regierungsmehrheit geführt hat. Eine mehr oder weniger fest umrissene Gruppe von 20 bis 30 AWS-Abgeordneten, die sowohl von nationalklerikalen als auch geschäftlichen Motiven geprägt ist, und manchmal sogar die große Mehrheit der AWS-Fraktion, stimmt immer öfter mit der Opposition (SLD, PSL, Rechtsradikale) gegen die Regierung. Der UW-Vorsitzende und Vizepremier Leszek Balcerowicz wie auch andere UW-Politiker haben in den letzten Wochen immer offener davon gesprochen, dass in dieser Situation die entscheidenden wirtschaftspolitischen Reformvorhaben (z.B. Steuerreform und Privatisierung) ohnehin unrealisierbar geworden seien und dass deswegen auch die Koali-

■ **Der jetzigen Koalitionskrise liegt der beschleunigte Verfall des Zusammenhalts in der AWS-Fraktion zu Grunde, der seit Januar 2000 zu einem praktischen Verlust der Regierungsmehrheit geführt hat.**

tion für die UW bedeutungslos geworden sei. Es ist dieser Stimmungswandel Balcerowicz', der die jetzige Krise von den bisherigen Koalitionskrähen unterscheidet.

Dabei war die gegenseitige Sympathie in dieser Koalition ohnehin seit Regierungsantritt äußerst begrenzt. Auch hatten die Kraft- und beiderseitigen Kompromissreserven bisher nie ausgereicht, um eine wirkliche Kabinettsumbildung anzupacken, von der ja schon mehrmals seit Amtsantritt im November 1997 die Rede gewesen war.

Anlass: Das Eingreifen des Premierministers in die Warschauer Kommunalpolitik

■ **Der Anlass der Krise war durchaus schwerwiegend. Sowohl das Prinzip der Subsidiarität als auch die Mindeststandards im Umgang der Koalitionspartner miteinander waren tangiert.**

Der Anlass der Krise war durchaus schwerwiegend. Sowohl das Prinzip der Subsidiarität als auch die Mindeststandards im Umgang der Koalitionspartner miteinander waren tangiert. Seit der letzten Kommunalwahl im November 1998, die eine UW-AWS-Koalition im Warschauer Stadtrat ermöglichte, gelang es dort nicht, ein dauerhaftes Bündnis zu erreichen. Grund hierfür waren anhaltende interne Konflikte in der AWS. Daraufhin wurde im April 2000 eine Koalition der UW und der postkommunistischen SLD unter dem 32-jährigen liberal orientierten Stadtpräsidenten Paweł Piskorski (UW) gebildet. Allerdings gelang es auch dieser Koalition nicht, die erheblichen Missstände in Warschau (in Infrastruktur und Verwaltung) abzubauen – jedenfalls nicht in so kurzer Zeit. Kernstück der Kontroverse war die Gemeinde Warschau-Zentrum, die bei weitem größte und finanzkräftigste im ganzen Land. Entsprechend der Koalitionsvereinbarung in der Stadt Warschau regierte in Warschau-Zentrum ein SLD-Bürgermeister. Dessen Absetzung forderte der Wojewode, der der AWS angehört, in einer Klage beim obersten Verwaltungsgericht. Am 18. Mai, ohne das Urteil abzuwarten und entgegen seinen Versprechungen gegenüber der UW, ernannte Premier Buzek (AWS) einen Kommissar aus den Reihen der AWS, der den SLD-Bürgermeister ersetzen sollte. Dieser Kommissar hat in den darauf folgenden Tagen mehrfach mit Hilfe von Polizei die gewählten Kommunalpolitiker und deren Beamte am Betreten ihrer Büros gehindert, wobei es auch zu Handgreiflichkeiten kam.

■ Der Verlauf der Krise

Nach vier Tagen Eskalation der Krise in der Gemeinde Warschau-Zentrum beschloss der Parteivorstand der UW am 22. Mai, dem für den 28. Mai einberufenen außerordentlichen Kleinen Parteitag den Austritt der UW aus der Regierungskoalition zu empfehlen. Die nächsten sechs Tage waren schon von einer gewissen Unsicherheit gezeichnet, allerdings strahlte die AWS noch Zuversicht aus, dass die UW – möglicherweise nach Verhandlungen, zu denen die AWS immer wieder Bereitschaft signalisierte – wieder zur Regierung zurückkehren würde. Der Kleine Parteitag der UW, der am 28. Mai hinter verschlossenen Türen beriet, schloss sich der Empfehlung des Parteivorstands an. So reichten am Montag, dem 29. Mai, die fünf Minister und drei Parlamentarischen Staatssekretäre der UW (nicht allerdings die Vizewojewoden in einigen Wojewodschaften) ihren Rücktritt ein. Es folgten Tage des Chaos, der Spekulationen bis hin zu Verschwörungstheorien, und widersprüchliche Aussagen von führenden Politikern sowohl von der UW als auch der AWS. Premier Buzek nahm die Rücktritte nicht an, was von Leszek Balcerowicz als Signal guten Willens und hoher Gesprächsbereitschaft seitens der AWS gewertet wurde. Dennoch war beabsichtigt, dass die UW-Minister nur die Amtsgeschäfte weiterführen, aber keine weitreichenden Entscheidungen treffen oder Dienstreisen antreten. Ab 1. Juni wurde über eine Neuauflage der Koalition verhandelt.

Die Forderungen der UW in den Verhandlungen waren:

- Eine klare Festlegung der AWS auf bisher von der UW vergeblich vertretene *wirtschaftspolitische Positionen*:
 - Eine höhere Einkommen entlastende *Steuerreform* (bisher immer wieder am Widerstand aus der AWS, zuletzt aber auch am Präsident Kwaśniewskis Veto, gescheitert)
 - Eine *Privatisierung* durch Verkauf von Staatseigentum, nicht Massenprivatisierung durch Eigentumsanteile für die Belegschaften. Die UW war höchstens bereit, einige Elemente (z.B. firmeneigene Wohnungen oder Ferienheime) an

■ **Nach vier Tagen Eskalation der Krise in der Gemeinde Warschau-Zentrum beschloss der Parteivorstand der UW am 22. Mai, dem für den 28. Mai einberufenen außerordentlichen Kleinen Parteitag den Austritt der UW aus der Regierungskoalition zu empfehlen.**

Angestellte abzugeben, nicht aber die großen Betriebe als Ganzes.

- Die Durchsetzung einer dreiprozentigen *Mehrwertsteuer für landwirtschaftliche Produkte* (zuletzt an der üblichen Gruppe von AWS-Abweichlern gescheitert, aber unabdingbar für den EU-Beitritt) und viele andere gesetzgeberische Vorhaben im Zusammenhang mit der EU.
- Eiserne *Haushaltsdisziplin* (bisher auch immer in Frage gestellt durch die AWS)
- Rücknahme der Einsetzung des AWS-nahen *Kommissars* in der Gemeinde Warschau-Zentrum. Diese Aktion Buzeks hatte den Anlass für die Koalitionskrise geliefert; ein Kompromiss war kaum denkbar, und in der AWS gab es gegen ein Einlenken starke Widerstände.
- Ein neuer Premierminister, der sowohl programmatisch für die UW akzeptabel wäre, als auch die Gewähr für mehr Durchsetzungsfähigkeit böte als Jerzy Buzek. Das AWS-Angebot in letzter Minute, Marian Krzaklewski zum Premier zu machen, wurde von der UW mit der Forderung quittiert, dann müsse Krzaklewski von seiner Präsidentschaftskandidatur absehen.

Als klar wurde, dass dies für die AWS nicht zur Debatte stünde, war der endgültige Bruch da.

Die AWS hatte wiederholt Gesprächsbereitschaft in allen Punkten signalisiert. Die alles entscheidende Frage in den Verhandlungen war aber, ob es der AWS gelingen würde, den Forderungen der UW zu entsprechen, ohne gleichzeitig nach innen den Eindruck zu erwecken, man habe selbst keine wesentlichen Zugeständnisse von ihr erhalten. Die UW ihrerseits, ganz in der Tradition des von der Richtigkeit der eigenen Ideen überzeugten polnischen Intellektuellen, bezeichnete ihre eigenen Forderungen als Minimalprogramm und war zu Abstrichen nirgendwo bereit.

Bis zum endgültigen Abbruch der Koalitionsverhandlungen war die AWS größtenteils der Überzeugung, die UW ließe sich in die Regierung zurückholen. Die Motive der Freiheitsunion, nämlich die Frustration über die Unmöglichkeit einer Weiterführung der von ihr postulierten Wirtschaftspolitik und der Ekel über die Ineffizienz und den Disziplinmangel in der AWS, besonders der AWS-Fraktion, wurden von den meisten AWS-Politikern nur als

■ **Die AWS hatte wiederholt Gesprächsbereitschaft in allen Punkten signalisiert. Die UW ihrerseits, ganz in der Tradition des von der Richtigkeit der eigenen Ideen überzeugten polnischen Intellektuellen, bezeichnete ihre eigenen Forderungen als Minimalprogramm und war zu Abstrichen nirgendwo bereit.**

vorgeschoben akzeptiert; dahinter wurden materielle Interessen in der Gemeinde Warschau-Zentrum (die der Premier durch die Ernennung des Kommissars bedroht habe) und die langfristige Vorbereitung einer zukünftigen Koalition der UW mit der SLD vermutet.

■ Die Minderheitsregierung Buzek

Die Besetzung der fünf freigewordenen Ministerposten und der übrigen Ämter in der Regierung vollzog sich für AWS-Verhältnisse überraschend schnell: Bis auf die Ressorts Äußeres und Verteidigung wurden die neuen Amtsinhaber innerhalb weniger Tage bestimmt: Jaroslaw Kaczynski (parteilos) statt Hanna Suchocka im Justizministerium, Jaroslaw Bauc (RS-AWS) statt Leszek Balcerowicz als Finanzminister, sowie der frühere Chef im Amt des Premierministers, Jerzy Widzyk (RS-AWS), als Verkehrsminister zur Ablösung von Tadeusz Syryjczyk. Nach einiger Zeit folgte die Ersetzung des in der Streitkräftereform glücklosen Verteidigungsministers Janusz Onyszkiewicz durch den bisherigen Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Bronislaw Komorowski (SKL). Nur für die Ernennung des neuen Außenministers, Wlaidyslaw Bartoszewski (parteilos, zuletzt Vorsitzender des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten und bereits Außenminister in den Jahren 1994 und 1995), ließ sich die AWS Zeit bis unmittelbar vor dem wegen einer großen Außenministerkonferenz in Warschau um einen Monat verzögerten Abschied Bronislaw Geremeks aus dem Amt. Außerdem wurde (auch wegen des AWS-internen Proporztes) für den ZChN-Politiker Jerzy Kropiwnicki, der sich bisher als „sozialere“ Alternative zu der liberalen Wirtschaftspolitik Leszek Balcerowicz' stilisiert hatte, ein neues Ministerium für Regionalentwicklung gegründet, das womöglich eins der mächtigsten werden könnte: Es wird die PHARE-Mittel der EU für Polens Regionen verwalten, und nach dem Beitritt die Strukturfonds, also tatsächlich erhebliche Geldmengen.

Die Minderheitsregierung Buzek wird keine großen Gesetzgebungsvorhaben mehr in Angriff nehmen. Sie wird versuchen, ihre Position in der öffentlichen Meinung durch spektakuläre Erfolge in der Exekutive (z. B. bei der Verbrechensbekämpfung) zu verbessern, um so das Blatt vor den nächsten Parlamentswahlen zu wenden.

■ Die Minderheitsregierung Buzek wird keine großen Gesetzgebungsvorhaben mehr in Angriff nehmen.

■ Perspektiven

Zu Beginn der Sommerpause und ganze sechs Wochen nach dem Zerfall der Koalition und dem Beginn der Minderheitsregierung können nur Vermutungen über den weiteren Kurs Polens angestellt werden, denn das wahrscheinlich wichtigste Ereignis für die weitere Entwicklung der polnischen Politik bis zu den Wahlen (wahrscheinlich im Frühjahr 2001) wird die für den 8. Oktober 2000 angesetzte Präsidentenwahl sein.

Die Präsidentenwahl

AWS

■ **Der Kandidat der AWS steht nun fest: Marian Krzaklewski, Vorsitzender der Gesamt-AWS, der AWS-Fraktion im Sejm, der Gewerkschaft Solidarność sowie Gründer der aus der Gewerkschaft hervorgegangenen AWS-Mitgliedspar-
teie RS-AWS.**

Der Kandidat der AWS steht nun fest: Marian Krzaklewski, Vorsitzender der Gesamt-AWS, der AWS-Fraktion im Sejm, der Gewerkschaft Solidarność sowie Gründer der aus der Gewerkschaft hervorgegangenen AWS-Mitgliedspar-
teie RS-AWS. Zwar stützte Krzaklewski sich anfangs lediglich auf die Nominierung durch seine Hausmacht, die RS-AWS, während die drei übrigen relevanten politischen Parteien der AWS, also die Konservative Volkspartei (SKL), die Christlich-Nationale Union (ZChN) und die Union der Christdemokraten (PPChD), ihre Unzufriedenheit über die „selbstherrliche“ Kandidatenkür seit März immer wieder bekundet hatten, doch konnten sie es sich einfach nicht leisten, die Nominierung Krzaklewskis zu verhindern. Entscheidender Faktor ist, dass sie meilenweit davon entfernt waren, einen glaubwürdigen Gegenkandidaten zu präsentieren. Besonders die SKL hatte immer wieder öffentlich gegen Krzaklewski opponiert und sogar Vorwahlen zur Festlegung des Kandidaten gefordert, wobei sie für kurze Zeit den Sejmarschall Maciej Płażyński offen favorisierte. Der lenkte aber nach einem lautstarken Streit mit Krzaklewski schnell ein. Nun führte die SKL nur eine Mitgliederbefragung in den eigenen Reihen durch, bei der erwartungsgemäß an erster Stelle Płażyński und an zweiter der Unabhängige Andrzej Olechowski landete und Krzaklewski weit abgeschlagen blieb. Das ändert nichts daran, dass auch die SKL die Kandidatur Krzaklewski schließlich akzeptieren musste. Lech Wałęsa hält seinerseits an seiner eigenen Kandidatur fest; er glaubt aber selbst nicht mehr an einen Sieg, sondern hofft nur noch, durch irgendein Wunder besser abzuschneiden als Marian Krzaklewski.

Die UW

Die UW näherte sich im Laufe des April einer ernsthaften Krise anlässlich der Kandidatennominierung. Die vom Vorsitzenden und Vizepremier Leszek Balcerowicz zum Schluss nur noch halbherzig geförderte Unterstützung für den selbsterklärten Kandidaten und ehemaligen Außenminister Andrzej Olechowski scheiterte am entschiedenen Widerstand der Sejm-Fraktion und des „ethosbezogenen“ linken Flügels der Partei. Dort wurde eine Kandidatur Olechowskis wegen dessen früherer Geheimdienstmitarbeit und genereller politischer Konturschwäche für unwürdig befunden. Die Parteijugend, Außenminister Geremek und der rechtsliberale Flügel konnten diesen Widerstand nicht brechen, waren aber stark genug, um die Nominierung eines „linken“ Alternativkandidaten (z.B. Władysław Frasyniuk) zu verhindern. In dieser Blockadesituation entschied sich die UW, keinen Kandidaten zu nominieren und auch keine Wahlempfehlung auszusprechen – eine Option, die Balcerowicz schon seit längerem favorisiert hatte. Wichtig ist zu sehen, dass der Widerstand gegen Olechowski ein kaum verhüllter Widerstand gegen Balcerowicz war, also ein weiterer Protest gegen seine restriktive Haushaltspolitik und seinen relativ autoritären Führungsstil. Die Entscheidung für diese Nichtnominierung fiel denkbar knapp – mit *einer* Stimme Mehrheit – auf dem ca. 100 Teilnehmer umfassenden Kleinen Parteitag.

■ In dieser Blockadesituation entschied sich die UW, keinen Kandidaten zu nominieren und auch keine Wahlempfehlung auszusprechen – eine Option, die Balcerowicz schon seit längerem favorisiert hatte.

Szenarien für die Wahl

Aus heutiger Sicht ergeben sich, jenseits der aktuellen Meinungsumfragen, folgende realistische Potentiale für die erste Runde:

Aleksander Kwaśniewski (SLD)	40-60 Prozent
Marian Krzaklewski (AWS)	15-20 Prozent
Andrzej Olechowski (unabh.)	10-15 Prozent
Lech Wałęsa (unabh.)	5-10 Prozent
Jaroslaw Kalinowski (Bauernp. PSL)	4-8 Prozent
Jan Olszewski (nationalistische ROP)	4-8 Prozent

(Alle übrigen Kandidaten, von denen bereits ca. 20 ihre Kandidatur angemeldet haben, dürften nicht ins Gewicht fallen.)

Die übergeordnete Frage lautet, ob demnach überhaupt eine zweite Runde stattfinden wird. Kwaśniewski könnte nach heutiger Stimmungslage durchaus im ersten Wahlgang über 50 Prozent der Stimmen erreichen. Ein solches Ergebnis käme der UW sehr entgegen: Es würde dem Land eine auf zwei Personen fokussierte Links-Rechts-Polarisierung ersparen, in der die Mitte in Gefahr wäre, zerrieben zu werden, und den Nachteil der UW durch Nichtanwesenheit in den Medien begrenzen. Für die AWS und Krzaklewski persönlich wäre ein solches Resultat dagegen eine schwere, sogar existenzbedrohende Niederlage. Ähnliches wäre der Fall, würde statt Krzaklewski Olechowski in die zweite Runde kommen (äußerst unwahrscheinlich) oder Krzaklewski in der zweiten Runde ein Ergebnis unterhalb der Grenze von 30 Prozent erzielen. Krzaklewskis realistisches Ziel ist es, im ersten Wahlgang eine absolute Mehrheit Kwaśniewski zu verhindern, an Olechowski vorbei in die zweite Runde zu kommen und dann „ehrevoll“ zu verlieren. Nur ein solches Ergebnis kann den Zerfall der AWS vor der Sejmwahl im Herbst 2001 mit Sicherheit verhindern. Die Freiheitsunion müsste sich dagegen in diesem Fall ernsthaft eine neue Strategie überlegen, um eine Chance zu mehr als zehn Prozent in den Sejmwahlen zu bekommen. Die realen Interessen in dieser Wahl sind zwischen UW und AWS demnach genau entgegengesetzt.

Weiterentwicklung der Parteienlandschaft

■ Kurzfristig hat der Zerfall der Regierungskoalition auf die polnische Parteienlandschaft keinen sichtbaren Einfluss gehabt.

Kurzfristig hat der Zerfall der Regierungskoalition auf die polnische Parteienlandschaft keinen sichtbaren Einfluss gehabt. In Meinungsumfragen haben sich im Laufe des Juni die AWS und die UW sogar bei der Sonntagsfrage jeweils um einige wenige Prozentpunkte verbessert: Das dürfte das Ergebnis einer Festigung der jeweiligen politischen Identität beider Gruppierungen im Laufe der Krise sein: Die ständigen Kompromisse mit der jeweils anderen Gruppierung zerrten schon seit längerem an den Nerven der beiden Stammwählerschaften. Dennoch kann die mittel- und langfristige Zukunft weder der AWS noch der UW als gesichert gelten.

Das Manuskript wurde am 11. Juli 2000 abgeschlossen.